

Zeitschrift: Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen
Herausgeber: Emanzipation
Band: 2 (1976)
Heft: [1]: Frauenmagazin Emanzipation

Artikel: Gesundheit - Luxus für Frauen!
Autor: E.St.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-358476>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 05.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gesundheit – LUXUS für Frauen!

DIE PROGRESSIVEN FRAUEN SCHWEIZ HABEN EINE EIDGENÖSSISCHE PETITION LANCIERT, DIE DIE WIEDERÜBERNAHME DER GYNAEKOLOGISCHEN VORSORGEUNTERSUCHUNGEN ZUR FRÜHERKENNUNG VON KREBS DURCH DIE KRANKENKASSEN, GLEICHE PRAEMIEN FÜR MÄNNER UND FRAUEN, DIE SCHAFFUNG EINER MUTTERSCHAFTSVERSICHERUNG FORDERT. DIESE FORDERUNGEN GREIFEN DIE WICHTIGSTEN PUNKTE DER BENACHTEILIGUNG DER FRAUEN IN DER KRANKENVERSICHERUNG AUF.

Mit Empörung reagierten die Frauen auf die Empfehlung des Krankenkassenkonkordates, die Kosten für die Vorsorgeuntersuchungen zur Früherkennung von Krebs nicht mehr zu bezahlen. Weshalb soll eine allgemein anerkannte, gute Vorsorgeleistung auf dem Gebiet der Krebsfrüherkennung, die über Leben oder Tod einer Frau entscheidet, plötzlich nur noch den Frauen zugänglich sein, die pro Jahr 100 – 200 Franken auslegen können? Soll Gesundheit noch mehr zu einem Privileg der Reichen werden?

In Zürich und Bern haben die Progressiven Frauen, gemeinsam mit der FBB, Petitionen lanciert, die dieser Empörung Ausdruck gegeben haben. In Solothurn hat die PF durch den Kantonsrat der POCH, E. Hafner, ein Postulat für die Subventionierung der Familienprämien eingereicht.

Die Wurzel des Übels liegt jedoch nicht in den Kantonen, sondern im Abbau der Bundessubventionen und der fehlenden Neuordnung für die Finanzierung unseres Gesundheitswesens. Deshalb haben die Progres-

siven Frauen Schweiz (PFS) eine gesamtschweizerische Petition lanciert. Diese umfasst nicht nur die Forderung nach der Wiederübernahme der Kosten für die Krebsvorsorgeuntersuchungen, sondern greift noch weitere Punkte auf, in denen die Frauen durch das heutige KUVG (Kranken- und Unfallversicherungsgesetz) benachteiligt sind. Punkt 2 der Petition fordert, dass die Kassenprämien der Frauen, die nach geltendem Gesetz 10 % höher sein können, als diejenigen der Männer, in Zukunft nach dem Prinzip der Solidarität der Versicherten untereinander, gleich sind.

1945 wurde folgender Paragraph in die Bundesverfassung aufgenommen: "Der Bund wird auf dem Weg der Gesetzgebung die Mutterschaftsversicherung einrichten. (...)" Par.23quinquies. Dieser Verfassungsgrundsatz ist bis heute nicht in die Realität umgesetzt worden. Punkt 3 fordert die Aufhebung dieses verfassungswidrigen Zustandes: die gesetzmässige Einführung der Mutterschaftsversicherung. Die Kassenprämien sind heute für eine Familie mit Kindern kaum noch tragbar.

PETITION an den BUNDESRAT

DIE UNTERZEICHNETEN FORDERN DEN BUNDESRAT AUF, ALLES ZU UNTERNEHMEN, DASS

1 die gynäkologischen Vorsorgeuntersuchungen sofort und zu einem einheitlichen Tarif wieder von den Kassen übernommen werden, und dass endlich alle Frauen in den Genuss dieser Untersuchungen kommen.

2 anlässlich der "kleinen Revision" des KUVG der Grundsatz gleiche Prämien für Mann und Frau verwirklicht wird.

3 Absatz 4 des schon 1945 vom Volk angenommenen Familienschutzartikels betreffend die Einrichtung einer Mutterschaftsversicherung in Realität umgesetzt wird.

4 durch die Einrichtung einer Familienversicherung Familien wirkungsvoll entlastet werden.

NAME

VORNAME

BERUF

ADRESSE

PLZ WOHNORT

Unsere Kampagne kostet Geld. Bitte unterstützt diese PETITION auch finanziell. SPENDEN erbeten auf PC 40 – 15637.

Einsenden an: PROGRESSIVE FRAUEN SCHWEIZ, 4001 Basel, Postfach 338

Deshalb fordern wir in einem weiteren Punkt die Einführung einer Familienversicherung, die den Familien mit Kindern eine wirksame finanzielle Entlastung bringt.

HARTE AUSEINANDERSETZUNGEN UM DIE SOZIALLEISTUNGEN

Erinnern wir uns: 8. Dezember 1974. Die SP-Initiative zur Neuregelung des KUVG steht zur Debatte. Die Bundesversammlung hat einen Gegenvorschlag verabschiedet, der die SP-Initiative zu Fall bringen soll. Alle Seiten, auch die Vertreter des Doppelneins, haben in ihrer Abstimmungspropaganda für den Ausbau der Leistungen der Krankenversicherung plädiert. Doch im Kern ging es den Gegnern der SP-Initiative darum zu verhindern, dass die Kosten für das Gesundheitswesen sozialer verteilt werden, und die Leistungen für die breite Bevölkerung ausgebaut werden. Die heutige katastrophale Lage im Gesundheitswesen zeigt deutlich, wie ernst es damals den bürgerlichen Partevertretern mit dem Ausbau des Gesundheitswesens war. Alle Versprechungen der bürgerlichen Parteien in den Parlamenten können nicht darüber hinwegtäuschen, dass auf allen Ebenen die Sozialleistungen, wie z.B. auch bei der AHV, abgebaut werden. In den Auseinandersetzungen um die Neuregelung des KUVG hat die Linke klar aufgezeigt, dass im heutigen Stil der tausend Kassen und Kasselein und ihrer ungenügenden Finanzierung kein leistungsfähiges Gesundheitswesen aufgebaut werden kann, das der breiten Bevölkerung die Fortschritte der Medizin zugänglich macht.

LIEBER REICH UND GESUND ALS ARM UND KRANK

Die Kosten im Gesundheitswesen sind gestiegen. Die Schweiz steht allerdings im internationalen Vergleich der Gesundheitsausgaben weit hinten: 1965 gab die Schweiz 3,82 % des Bruttosozialproduktes aus, die USA zur gleichen Zeit 5,8 % und Frankreich 4,4 %.

Die Ursachen der Kostensteigerung sind zum einen in der Notwendigkeit zum Ausbau des Gesundheitswesens zu suchen. Zum andern musste auch die Arbeits- und Lohnsituation des Spitalpersonals verbessert werden. Die vielen Frauen, die als Pflegerinnen und Schwestern in den Spitälern arbeiten, wollten nicht mehr nur für Gottes Lohn arbeiten. Weiter tragen die Chefarztlöhne beträchtlich dazu bei, die Kosten zu heben; entspricht doch allein der Teuerungsausgleich für einen Chefarzt dem Lohn einer Schwesternhilfe! Die Monopolstellung einiger Pharma-, Apparate- und Bauindustrien treibt die Preise ins Astronomische. So kostet z.B. eine Gipsschere, die nach dem Muster einer Pouletschere hergestellt wird, rund 10x mehr als diese, ganz einfach, weil es sich um ein medizinisches Instrument handelt.

Dieser "Kostenexplosion", die einerseits begründet, andererseits durch Privatprofite hervorgerufen worden ist, muss ein soziales Finanzierungssystem entgegengestellt werden. In erster Linie heisst das Abschaffung des Kopfprämiensystems. Vorerst gilt es allerdings den Angriff auf die bisherigen Leistungen der Krankenversicherung, der von der bürgerlichen Mehrheit in der Bundeskammer via Streichung von Bundessubventionen und Erhöhung der Franchisen geführt wird, abzuweh-

ren. Eine Sanierung und Verbesserung des heute ungenügenden Systems der Krankenversicherung muss mit allen Mitteln angestrebt werden. Nur die einheitliche Finanzierung der Krankenversicherung über progressive Steuern, oder über Lohnprozente, wie es die SP-Initiative vorsah, mit gleichzeitigem Versicherungsobligatorium kann einer sozialen Lösung zum Durchbruch verhelfen.

Wenn die bürgerlichen Parteien einem Ausbau der Krankenversicherungsleistungen das Wort reden und gleichzeitig die Mittel für die bisherigen Leistungen streichen, so können wir diese Versprechungen nicht ernst nehmen!

WAS BRINGT DIE "KLEINE REVISION"?

Nach der Ablehnung der SP-Initiative und des Gegenvorschlages der Bundesversammlung hat der Bundesrat eine "Kleine Revision" des KUVG in Auftrag gegeben. Kürzlich sind nun die Thesen des Bundesamtes für Sozialversicherung zur "Kleinen Revision" erschienen. Die wesentlichste Änderung soll die Umverteilung der Bundessubventionen sein: Bis anhin gingen die Bundessubventionen vorwiegend an die Kosten der Frauen (1974 : von 640 Mio. gingen 430 Mio. an die Frauenkosten). Dies soll nun geändert werden. Die Gelder sollen neu zur Subventionierung der Prämien der unteren Einkommen verwendet werden. Dagegen ist wenig einzuwenden, wenn nicht folgendes passieren würde: Da die Frauen Kosten verursachen, die 67 % über denjenigen der Männer liegen, werden Kassen entstehen, die keine Frauen mehr aufnehmen. Die Kassen, die Frauen aufnehmen, werden massiv höhere Prämien verlangen müssen. Das Krankenkassenkonkordat spricht davon, dass die Prämien der Frauen um 40-50 % erhöht werden müssten. Dies wäre die totale Bankrotterklärung für die Krankenversicherung! Die einzige Möglichkeit, die gestiegenen Kosten auszugleichen, besteht darin, die Bundessubventionen zu erhöhen, da die Prämien bereits so hoch sind, dass sie an die Grenze des finanziell Tragbaren gekommen sind.

FRAUEN STEHT ZUSAMMEN!

Die heutige Krise bietet den bürgerlichen Parteien den Hintergrund, um ihre Abbaupolitik im Gesundheitswesen zu betreiben. Dagegen müssen wir Frauen uns wehren, weil wir zu den Hauptleidtragenden dieser Politik gehören. Die eidgenössische Petition der Progressiven Frauen Schweiz (PFS) ist ein Anfang, um zu zeigen, dass wir Frauen nicht gewillt sind, diesen Sozialabbau hinzunehmen.

E.St.

Deshalb: SAMMELT MIT DEM PETITIONSBOGEN AUF DER RUECKSEITE MOEGLICHST VIELE UNTERSCHRIFTEN UND SCHICKT SIE AN UNSER POSTFACH. IHR KOENNT AUCH WEITERE BOGEN VON UNS ANFORDERN. JE MEHR UNTERSCHRIFTEN DESTO GROESSER DIE WIRKUNG! FRAUEN GEMEINSAM SIND STARK!